

TELEFONÜBERWACHUNG

Bitte um Veto

Axel Filges, der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer, hat im Namen der „Deutschen Anwaltschaft“ Bundespräsident Horst Köhler gebeten, „das Gesetz zur Neuordnung der Telekommunikationsüberwachung nicht auszufertigen und zu verkünden, weil dieses Gesetz in Teilen verfassungswidrig ist“. Nach dem am Freitag vom Bundesrat gebilligten Gesetz, so Filges, dürften Telefongespräche von unbescholtenen „Berufsgeheimnisträgern“ wie Anwälten, Ärzten oder Journalisten sowohl gezielt als auch zufällig abgehört werden; nur beim „selbst unverdächtigen Strafverteidiger“ sei die Telefonüberwachung verboten. Diese „Aufspaltung“ sei verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen, begründet Filges seine Bitte um ein Veto des Bundespräsidenten. Die Kommunikation etwa zwischen „Mandant und Scheidungsanwalt“ oder zwischen „Klient und Psychotherapeut“ betreffe in aller Regel den verfassungsrechtlich „absolut geschützten Kernbereich persönlicher Lebensgestaltung“. Heimliche Ermittlungsmaßnahmen gegenüber Berufsgeheimnisträgern, die selbst keiner Straftat verdächtig sind, müssten daher „generell unzulässig“ sein.

Köhler



MARC DARCHINGER



Internet-Seite „FragFINN“

INTERNET

Merkels Mogelpackung

Die am Donnerstag mit großem Aplomb von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgestellte Internet-Seite „FragFINN“ wird das Informationsbedürfnis junger Netz-User kaum befriedigen. Die Suchmaschine, mit der Minderjährige nur gefilterte Seiten erreichen, spuckt weitgehend unbrauchbare Adressen heraus. Wer etwa „Terror“ eingibt, bekommt als erste Treffer die

Seiten der US-amerikanischen und der japanischen Botschaft angeboten. „Marihuana“ kennt das Kinder-Net überhaupt nicht, bei „Sex“ landet man auf der Kaninchenhalterseite. „FINN“ ist der Name einer Comic-Raupe, die die User nur auf Seiten navigiert, die eine Redaktion als kinderfreundlich ausgewählt hat. Das Familienministerium und der Kulturstatsminister Bernd Neumann fördern Projekte wie „FINN“ mit 1,5 Millionen Euro jährlich – obwohl es bereits etablierte private Internet-Suchmaschinen für Kinder gibt.

UNIVERSITÄTEN

Entwicklungshilfe für Studenten

Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) prescht mit der Idee eines „nationalen Stipendiensystems“ vor. Damit will er die Anzahl von Stipendiaten an deutschen Universitäten von derzeit zwei auf zehn Prozent erhöhen. Das Geld, 300 Euro monatlich, soll hochbegabten Studenten zugutekommen. Pinkwart: „Wir wollen damit das deutsche Hochschulwesen im Wettbewerb um die besten Köpfe stärken.“ Die Finanzierung soll je zur Hälfte über Spenden, die die Universitäten eintreiben müssen, und einen staatlichen Fonds erfolgen. Gespeist werden könnte dieser Fonds, so Pinkwart, über Mittel, die anderswo eingespart werden sollten: etwa die deutsche Entwicklungshilfe für China.



Pinkwart

INNERE SICHERHEIT

Schäuble baut Innenministerium um

Mit einem umstrittenen Umbau seines Ministeriums reagiert Wolfgang Schäuble (CDU) auf die anhaltende Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Zum 1. Dezember sind die Abteilungen „Innere Sicherheit“ und „Polizeiangelegenheiten und Terrorismusbekämpfung“ zur Großabteilung „Öffentliche Sicherheit“ verschmolzen worden. Ziel der Reform soll es sein, die bislang getrennten Fachaufsichten für das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz zusammenzuführen. Auf diese Weise solle die Terrorismusbekämpfung „homogener“ gestaltet werden, heißt es im Ministerium. Kritiker befürchten eine Aufweichung des Trennungsgebotes von Polizei und Geheimdienst. Der bisherige Leiter der Abteilung Innere Sicherheit, Joachim Steig (SPD), wird von Schäuble in den einstweiligen Ruhestand versetzt.